

I) Was ist GATS?

1995 von der WTO beschlossen

- **Liberalisierung:** Am 1.1.1995 wurde von der WTO, der Welthandelsorganisation, das GATS beschlossen, das „General Agreement on Trade In Services“ („Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen“). Es ist das erste Abkommen für die weltweite Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte.
- **Waren:** Staatliche (öffentliche) Dienstleistungen wurden so zu handelbaren Waren gemacht.
- **Für die Ewigkeit:** Alle von den Ländern im Rahmen des GATS einmal getroffenen Liberalisierungen sind völkerrechtlich bindend und somit unumkehrbar. Entsprechende Strafen verhindern dies.
- **Subventionen:** Eine wesentliche Regelung des GATS ist z.B. die Inländerbehandlung:
 - Ausländische Dienstleistungsanbieter müssen demnach dieselben Konditionen in dem jeweiligen Land haben wie die „inländischen“ Anbieter. Dabei wird nicht zwischen privaten und öffentlich / staatlichen Anbietern unterschieden. So dass private Unternehmen, den gleichen völkerrechtlichen Anspruch auf Subventionen, wie die öffentlichen Einrichtungen erhalten, wodurch die öffentlichen Einrichtungen praktisch kaputt gespart werden müssen.
- **WTO:** GATS ist eine der drei Säulen der WTO neben dem allgemeinen Handelsabkommen GATT („General Agreement on Tariffs And Trade“) und dem Vertrag zu Urheberrechten TRIPS („trade-related aspects of intellectual property rights“).

Was sind Dienstleistungen?

Das GATS betrifft 160 Sektoren in 11 Kategorien

Dazu gehören u.a.:

- **Gesundheitsversorgung**
- **Wasserversorgung**
- **Energieversorgung**
- **Bildung**

Was heißt Liberalisierung?

Liberalisierung heißt Vergrößerung der Freiheiten durch weniger Gesetzesauflagen (Deregulierung). Jedoch geht es fast immer um die Freiheiten der Konzerne und des Kapitals und nicht etwa der Menschen (z.B. Asylgesetze).

Dies führt bei den öffentlichen Dienstleistungen zu einer schrittweisen Privatisierung, in dem Maße wie sie für private Unternehmen geöffnet werden.

Man hat also meistens folgende Kausalitäten:

Liberalisierung führt zu Deregulierungen führt zu Privatisierungen.

GATS 2000 Agenda – die GATSastrophe

- Nach fünf Jahren sollte das GATS **neuverhandelt** werden. Damit wurde im Feb. 2000 begonnen.
- **Ziel:** Das 1995er Abkommen wesentlich erweitern – mehr Dienstleistungsbereiche sollen stärker dereguliert werden.

Mike Moore, Generaldirektor der WTO:

„Die Verhandlungen der Dienstleistungsabkommen (Ende 1994) bei der Uruguay Runde war ein großer Erfolg, es war aber wirklich nur der Startschuss. Seine Bedeutung lag in der Schaffung einer Architektur eines komplett neuen Abkommens. Die Markzugangsverpflichtungen, welche die Regierungen 1995 eingingen, ... beinhalteten nicht viel im Vergleich zur aktuellen Liberalisierung.“

GATS als Nachfolger des MAI:

- MAI:
 - Multilateral Agreement on Investment (Multilaterales Abkommen über Investitionen)
 - Wurde in geheimen Verhandlungen von der OECD („Club der reichen Industrienationen“) ausgearbeitet
 - Scheiterte aber 1998 in Paris an internationalen Protesten und der französischen Regierung
- Versuche einer „neue Runde“ der WTO zur Liberalisierung des Welthandels scheiterten 1999 am massiven Protest von einem breiten Bündnis von Organisationen und den Entwicklungsländern in **Seattle**.

- GATS ist das nächste **Vehikel** derer, die globale Deregulierungen vorantreiben. Es sei nach deren Meinung leichter, ihre Ziele in ein bestehendes Abkommen zu integrieren, als ein Neues, wie das MAI, zu schaffen.
- Die WTO selbst nennt das GATS das „erste multilaterale Abkommen über Investitionen“, also ein **MAI durch die Hintertür**.

November 2001: Doha, Qatar

- „**Neue Runde**“ zur Liberalisierung des Welthandels wurde nun doch im Nov. 2001 in Doha (Qatar) beschlossen (1999 war der gleiche Versuch, eine „Neue Runde“ auszurufen, in Seattle gescheitert).
- WTO-Ministerkonferenz hat sich zum GATS auf folgendes verständigt:
 - Bis zum **30.6.2002** sollen die **Forderungen** zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors an die Länder gestellt werden.
 - Die **EU** hat schon umfangreiche Forderungen in Form einer 1000seitigen Wunschliste an 29 Länder gestellt. Sie enthält auch Forderungen, die in vielen Ländern noch staatlich geschützten Bereiche wie Post und Telekommunikation, Abfallbeseitigung, Wasser –und Energieversorgung, für die Unternehmen der EU stark zu öffnen.
 - Bis zum **31.3.2003** sollen die eigenen Liberalisierungs**angebote** an die anderen Länder übermittelt werden

Die Rolle der EU

- EU-Kommission ist der zuständige **Verhandlungspartner** aller EU-Länder für die GATS-Verhandlungen in der WTO. Für den Handel mit Dienstleistungen wäre in Deutschland das Wirtschaftsministerium zuständig, das aber nicht selbst mit der WTO verhandelt.
- Die EU-Kommission sieht GATS als „zuerst und vor allem ein **Instrument zum Nutzen der Wirtschaft**“ (aus ihrer Stellungnahme „Towards GATS 2000“)
- Pascal Lamy, EU-Handelskommissar:
 - "Für die EU sind Dienstleistungen zentral. Wir sind Nr. 1 in der Welt mit 26% des Welthandels. Dienstleistungen sind für 2/3 des EU-BSPs verantwortlich" .
 - "Wenn wir unseren Zugang zu anderen Märkten verbessern wollen, können wir unsere geschützten Sektoren nicht verstecken. Wir müssen offen dafür sein, sie alle zu verhandeln, wenn wir die **Chance auf ein großes Geschäft** haben. Für die USA und für die EU bringt dies **Schmerzen in einigen Sektoren** mit sich, aber Gewinne in vielen anderen und ich denke, wir beide wissen, dass wir in den sauren Apfel beißen müssen, um zu bekommen, was wir wollen."
- Bildung ist eines der Schlüsselgebiete, welche die EU-Kommission explizit als „**reif zur Liberalisierung**“ herausgehoben hat.
- Die EU-Kommission scheint bereit zu sein, die **Bildung als Bauernopfer** in den GATS 2000-Verhandlungen einzusetzen, um Zugang zu den Märkten der anderen Länder zu erhalten.

Zu wessen Diensten? - Konzerninteressen

David Hartridge, Direktor der Dienstleistungsabteilung der WTO:

„ohne den enormen Druck erzeugt durch den amerikanischen Finanzdienstleistungssektor, speziell Unternehmen wie **American Express** und **Citicorp**, hätte es kein Dienstleistungsabkommen gegeben...“

Lobbyverbände:

USA: US Council of Services Industries (CSI)

EU:

European Services Forum (ESF)

- repräsentiert 20 Dienstleistungssektoren in der EU
- Ziel: „Unterstützung und Ermutigung der Bewegung zur Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts der ganzen Welt und Abbau von Handels- und Investitionsbarrieren für den europäischen Dienstleistungssektor, speziell in den Bereichen des Marktzugangs und der Inländerbehandlung.“

Europäische Rundtisch der Industriellen (ERT)

- ERT: "Die Verantwortung für die Ausbildung muss ein für alle mal **der Industrie unterstellt** werden ... Bildung sollte als Dienstleistung für die Wirtschaft verstanden werden."

Deutschland: CHE: Centrum für Hochschulentwicklung gefördert durch Bertelsmann

II) Folgen / Bedrohungen

Bedrohung der Demokratie

„Die wahrscheinlich größte Bedrohung durch das GATS stellt die Bedrohung der Demokratie dar.“
(www.Education-is-not-for-sale.org)

Das GATS stellt "den **größten Transfer von** ökonomischer und politischer **Macht** in der Geschichte" dar, "...von Gemeinschaften und Nationalstaaten in die Hand einer kleinen Zahl globaler Konzerne".

- Durch das jetzige und vor allem das zukünftige GATS-Abkommen werden die Regierungen der einzelnen Länder **entmacht**, indem Entscheidungen, wie lebenswichtige öffentliche Dienstleistungen organisiert werden sollen, nur noch von der WTO getroffen werden können.
- Die WTO ist aber **nicht demokratisch legitimiert** und auch die GATS-Verhandlungen selbst laufen größtenteils unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** ab. So hatte z.B. die EU versucht ihre Forderungen im Rahmen des GATS an die anderen Länder geheim zu halten.

Folgen für den Bildungsbereich

Subventionen:

- Das **kostenlose Studium** in Deutschland wäre nach GATS ein durch Subventionierung herbeigeführtes **Dumping-Angebot**, das den Freihandelsregeln widerspricht.
- Ebenso könnten die **Subventionen** für Kindergärten und Schulen als Handelshemmnis gelten.
- Staatliche Finanzierung von Bildung ist schon seit dem GATS-Abkommen 1995 in der EU **nur noch eine Ausnahme**, nicht die Regel: Die EU ließ eine Ausnahmeklausel in den GATS-Vertrag aufnehmen: Ihre Staaten behielten sich vor, alle Dienstleistungen, wie z.B. die Bildung an Schulen und Hochschulen, nach eigenem Ermessen zu subventionieren. Insbesondere besteht wegen dieser Ausnahme noch kein Rechtsanspruch privater Unternehmen auf Subventionen.
- Nach den GATS-Kriterien steht aber die EU unter Druck, die Subventions-Ausnahmeklausel entweder aufzugeben oder zumindest einzuschränken. Es ist zu befürchten, dass die EU in der laufenden Verhandlungsrunde diesem Druck nachgibt, um ihrerseits Zugang zu den Märkten der anderen Länder zu erhalten.
- Die EU müsste dann nach GATS entweder sowohl die privaten wie auch die öffentlichen Hochschulen subventionieren oder er gibt die **staatliche Unterstützung** der Studenten ganz auf, was angesichts des Sparzwangs wahrscheinlicher ist.

Was steckt hinter den Studiengebühren ? :

- Ausgenommen von den Liberalisierungs-Verpflichtungen sind sogenannte hoheitliche Dienstleistungen, „welche weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb erbracht werden.“ (GATS Art. I 3 b,c). Nicht-kommerziell heißt auch unentgeltlich, deshalb führen (oder sogar dienen) **Studiengebühren** für das grundständige Studium dazu, dass auch die Hochschulen unter die **GATS-Kriterien** fallen und somit liberalisiert werden müssen.
- Die zunehmende Präsenz von **Privat-Unis** in Deutschland führt außerdem dazu, dass die öffentlichen Hochschulen nicht mehr wettbewerbsfrei sind und so auf diesem Grund auch unter die GATS-Kriterien fallen.

Vereinheitlichung der Bildungssysteme zur Förderung der Monopolstellung der USA :

- Das deutsche Diplom behindert private Hochschulen der USA sich auch in Deutschland auszubreiten, deshalb soll es durch **BA / MA – Abschlüsse** ersetzt werden.
- Je mehr die deutsche Universitätsausbildung sich dem amerikanischen System angleicht (z.B. BA/MA, Credit-Points), desto größer werden die **Chancen des Markteintrittes** amerikanischer Bildungseinrichtungen.

Zukünftige Rolle des öffentlichen Sektors im Bildungsbereich:

Die OECD schrieb: „Die einzige Funktion des öffentlichen Sektors wird sein, denjenigen Zugang zum Lernen zu sichern, **die nie einen profitablen Markt darstellen** werden und deren Ausschluss aus der Gesellschaft im Allgemeinen hervorgehoben werden wird, da andere fortfahren werden, sich weiterzuentwickeln.“